



Seniorenvertreter Andreas Khol (l.) und Karl Blecha. FOTO: APA

Petition gegen die rückwirkende Besteuerung deutscher Pensionen

WIEN. Bezüglich der Besteuerung deutscher Pensionen in Österreich hat der Österreichische Seniorenrat nun beim Deutschen Bundestag eine Petition eingebracht. Die Frist zur Unterstützung läuft bis 28. Mai 2013. Gefordert wird die Aufhebung der rückwirkenden Besteuerung.

Rund 150.000 österreichische Pensionisten, die aus Deutschland eine Rente beziehen, werden seit einigen Monaten aufgefordert, eine

Steuererklärung rückwirkend ab 2005 in Deutschland abzugeben. Aufgrund des rückwirkenden Vollzugs der Steuerpflicht seien die Betroffenen mit teils „massiven Nachzahlungen“ konfrontiert, kritisiert der Seniorenrat. Mit der Petition wird der Bundestag aufgefordert, die rückwirkende Besteuerung von 2005 bis 2011 auf deutsche Renten aufzuheben.

➔ Weitere Informationen gibt es im Internet: www.seniorenrat.at

Journalisten stimmen ab

WIEN. Vom 8. bis 22. Mai sind Gewerkschaftsmitglieder auferufen, über den neuen Journalistenkollektivvertrag abzustimmen. Die im März zwischen dem Verband Österreichischer Zeitungen und der Journalistengewerkschaft nach jahrelangen Verhandlungen erzielte Einigung könnte bei einem positiven Resultat mit 1. Juli in Kraft treten. Vorgesehen sind einheitliche Regelungen für Print- und Onlinejournalisten.



Schauspieler Karl Markovics beim Bildungsvolksbegehren. FOTO: APA

Stillstand um Demokratie

WIEN. Die Stärkung der direkten Demokratie lässt auf sich warten: Für die Sitzung des Verfassungsausschusses des Nationalrats am Montag rechnen Koalitions- und Oppositionsvertreter nicht mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit für entsprechende Maßnahmen. So spricht sich SPÖ-Klubobmann Josef Cap dagegen aus, erfolgreiche Volksbegehren automatisch einer verbindlichen Volksabstimmung zuzuführen.

SPÖ und ÖVP kämpfen um Führung Salzburgs

Landtagswahl im Zeichen der Finanzaffäre: Machtwechsel möglich.

WIEN. (VN-joh) Die Finanzaffäre hat in Salzburg auch die beiden Großparteien in einen Abgrund gerissen; bei der Landtagswahl am morgigen Sonntag wird sich weisen, wie tief sie stürzen: Nicht nur die SPÖ, die mit Gabi Burgstaller die Landeshauptfrau stellt, sondern auch die ÖVP mit LH-Stellvertreter Wilfried Haslauer „dürfte deutlich an Stimmen verlieren“, sagt der Politikwissenschaftler Franz Fallend von der Uni Salzburg im Gespräch mit den VN. Beide Parteien seien in den letzten Umfragen zwischen 28 und 32 Prozent gelegen. Einmal sei die ÖVP, einmal die SPÖ vorne gelegen. Wobei in den letzten Tagen die Sozialdemokraten wieder größere Schwierigkeiten bekommen haben: Im Zusammenhang mit Spekula-

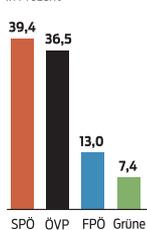
tionsgeschäften sind Zweifel daran laut geworden, dass die Unterschrift eines ihrer Landesräte gefälscht worden ist; einem Gutachten zufolge soll sie echt sein.

Die ÖVP hatte die vorgesehene Landtagswahl nach Bekanntwerden der Finanzaffäre durchgesetzt. Dass sie in den letzten Wochen nicht klarer vorne gelegen ist, führt Fallend darauf zurück, dass auch ihr eine Mitverantwortung gegeben werde. Schließlich ist die Volkspartei Juniorpartner in der Landesregierung.

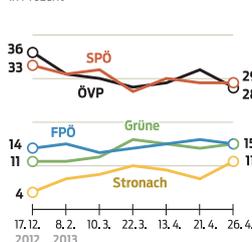
Von den Verlusten der beiden Großparteien profitieren werden aller Voraussicht nach die Oppositionsparteien: FPÖ und Grüne, die einen Untersuchungsausschuss zur Finanzaffäre geführt haben, könnten auf je 15 Prozent zulegen. Und auch das Team Stronach könnte nach der Pleite in Tirol auf Anhieb mehr als zehn Prozent holen.

Landtagswahl in Salzburg

Wahlergebnis 2009 in Prozent



Entwicklung der Umfragewerte in Prozent



VN: GRAFIK: © APA, QUELLE: APA/IFG GALLUP/IMAS/MARKET/OGM

Bienen wurden Politikum

Umweltminister Berlakovich zögert trotz massiver Kritik weiter mit Pestizidverbot

WIEN. Das Thema Bienensterben sowie der Plan eines Verbots giftiger Saatgutbeizmittel werden immer hitziger debattiert. Vor allem die Tatsache, dass sich das Umweltministerium gestern rund um die Bekanntgabe von Pestizid-Mengen auf das Amtsgeheimnis berief, ließ die politischen Wogen hochgehen. Umweltminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) geriet dabei zusehends unter Druck. Denn nicht nur Opposition und Koalitionspartner sahen das kritisch, sondern auch aus der eigenen Partei wurden Zweifel angemeldet.

Begonnen hatte alles mit der Weigerung des Umweltministeriums, bekannt zu geben, wie viel von den für Bienen schädlichen Neonicotinoiden jedes Jahr in die Umwelt gelangt. Im Ressort berief man sich auf das Amtsgeheimnis bzw. den Datenschutz.

FPÖ ortet „Giftminister“

Weniger verschwiegen zeigte sich in einer ersten Reaktion der Grüne Wolfgang Pirkhuber, der eine nicht auf konkrete Hersteller bezogene Zahl nannte, die sich ihm aus den Beratungen im Parlament erschlossen habe: In Summe seien im Jahr 2011 etwa zehn Tonnen dieser Neonicotinoide in Verkehr gebracht worden.

Auch bei der FPÖ stieß die Haltung des Ministeriums auf scharfe Kritik: Umweltspre-



Unter Druck: ÖVP-Bauernbundesvertreter, Landwirtschafts- und Umweltminister Nikolaus Berlakovich. FOTO: APA

cher Norbert Hofer sprach von einem „klaren Missbrauch der Kompetenzen des Ministers“. Der „Giftminister“ sei rücktrittstüchtig. Sogar in den eigenen Reihen wurden offen Bedenken geäußert: ÖVP-Justizsprecher Michael Ikrath meldete sich via Twitter zu Wort: „Berufung auf Amtsgeheimnis betreffend Pestizideinsatz absurd.“

Scharfe Kritik kam auch vom Koalitionspartner. SPÖ-Klubobmann Josef Cap betonte, das Amtsgeheimnis „sticht in diesem Fall nicht“. „Es entbehrt jeder rechtlichen Grundlage, damit zu argumentieren.“

„Die Geheimhaltungsinteressen der Chemiekonzerne sind ihm wichtiger als das Recht auf Information“, sagte die grüne Parteichefin Eva

Glawitschnig und kündigte in diesem Zusammenhang auch rechtliche Schritte an. Sie wird sowohl beim Minister selbst als auch bei der Agentur für Ernährungssicherheit Informationen bezüglich der Pestizide - nach dem Auskunftspflicht- sowie dem Umweltinformationsgesetz - beantragen.

Handlungsbedarf zugestanden

Wenige Stunden später versuchte der Umweltminister im Ö1-„Mittagsjournal“ dann der Kritik gegenzusteuern. „Transparenz ist absolut notwendig, wir haben auf Basis des Umweltinformationsgesetzes gehandelt, demnach genaue Daten nicht veröffentlicht werden dürfen. Aber ich sehe, dass da eine Lücke ist, das soll nicht so bleiben.“

Ich bin dafür, dass das Gesetz novelliert wird“, bekräftigte Berlakovich, der zusätzlich betonte, dass er nicht nur Bienen schützen wolle, sondern auch bäuerliche Existenzen. Deshalb habe er auf EU-Ebene gegen ein Verbot des Einsatzes von Neonicotinoiden gestimmt.

Berlakovich will das Thema Pestizidverbot erst dann wieder aufrollen, „wenn die wissenschaftlichen Grundlagen da sind“. Deshalb soll nun ein Wissenschaftergremium eingesetzt werden, um die bereits vorhandenen Studien zu analysieren. „Wir wollen handeln, noch bevor die EU handelt“, so der Umweltminister. Das empörte wiederum die Grünen: Es gebe schon längst die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen.

Frischer Wind im Hohen Haus in Wien

Vorarlberger Schüler entpuppen sich im Parlament als engagierte Abgeordnete.

WIEN. (VN-ebi) Für kurze Zeit saß gestern im österreichischen Parlament eine „weißgelbe“ Regierungskoalition. 14- bis 15-jährige Abgeordnete nahmen jene Plätze ein, auf denen normalerweise Politiker wie Karlheinz Kopf, Josef Cap oder Eva Glawitschnig sitzen. Nur die Nationalratspräsidentin - Barbara Prammer - blieb dieselbe. Sie

begrüßte am Nachmittag die rund 90 jungen Abgeordneten: Schüler der 1C-Klasse der HLW Rankweil, der Klasse J der Polytechnischen Schule Dornbirn und der Klasse 5AB des Bundesgymnasiums Lustenau. Sie hatten sich vor wenigen Monaten für das Jugendparlament in Wien beworben und durften gestern als Gewinner hinter die Kulissen und tiefer in die Prozesse der österreichischen Politik blicken.

Um 15 Uhr kamen die Schüler im großen Plenarsaal im

Wiener Parlament zusammen. Zuvor hatten sie in einem Sitzungsmarathon in den Klubs und Ausschüssen versucht, Positionen festzulegen und mit taktisch klugen Schachzügen weitere Klubs ins Boot zu holen. Thema war die Notengebung. Die Jungabgeordneten brachten dazu unterschiedlichste Anträge ein, über die sie schließlich abstimmen.

Engagement und Ausdauer

Während des gesamten Tages standen den Schülern fünf

„echte Abgeordnete“ zur Seite. „Ich war überrascht, mit welchem Engagement und welcher Ausdauer die jungen Menschen gearbeitet haben“, erzählte Elmar Mayer, Bildungssprecher der SPÖ, im VN-Gespräch. Auch Harald Walser (Grüne) zeigte sich erstaunt, wie schnell die Schüler „ins parlamentarische Getriebe“ fanden. Das sei auch der Sinn der Sache, erklärte Prammer: „Mir ist es wichtig, sichtbar zu machen, was im Vorfeld einer politischen Entscheidung geschieht.“



Drei Schulklassen aus Vorarlberg nahmen gestern die Plätze der Abgeordneten im Parlament in Wien ein. FOTO: MIKE RANZ



Im Plenarsaal stellten die Schüler ihre Meinung vor. FOTO: MIKE RANZ



Prammer leitete die Sitzung des Jugendparlaments. FOTO: MIKE RANZ

Umfrage. Wie hast du den Tag im Jugendparlament erlebt?



Es war gut, zu sehen, wie ein Gesetz gemacht, wie die Vorlage abgeändert und wie in der Debatte abgestimmt wird. Dabei war es auch interessant, die Meinung der anderen Klubs zu hören.

Nikolas Gehrher (15)



Bevor ich beim Jugendparlament war, kannte ich mich nicht wirklich mit Politik aus. Hinter die Kulissen zu sehen ist toll. Darauf kann ich jetzt wirklich meine politische Meinung aufbauen.

Laura-Sol Koschier (15)



Es war interessant, zu sehen, wie alles funktioniert, und es hat die Politik auch etwas menschlicher gemacht. Die Gesetzesvorlage zu diskutieren war auch interessant und cool.

Samuel Napetschnig (15)



Mir hat es gut gefallen und ich habe viel gelernt. Wenn man etwas praktisch miterlebt, kann man es sich besser merken. Es dauert wirklich lange, bis in der Politik etwas durchgesetzt wird.

Lea Soya (15)